

# „Eigentlich müßte jeder verdächtig sein“

Das Dilemma der Terroristen-Fahndung: Untergrund in Bürgermaske



Entführte Schleyer, Lorenz: Diesmal war alles anders, schlimmer

Wenige Stunden nach dem Anschlag rechneten Bonns Krisenstähler damit, daß der weitere Ablauf der Aktion, so Regierungssprecher Klaus Bölling, „ähnlich sein könnte wie 1975 bei der Entführung von Peter Lorenz“. Und in der Tat mutete die Duplizität der Ereignisse zunächst verblüffend an.

Wie zwei Jahre zuvor hatten die Kidnapper bei der Wahl ihres Opfers Kalkül bewiesen. Wie damals, drei Tage vor der Wahl zum Berliner Abgeordnetenhaus, die Entführung des CDU-Spitzenkandidaten geeignet war, maximalen Druck auf die Bonner SPD/FDP-Regierung auszuüben, schien nunmehr Schleyer ein Unterpfeiler zu sein, wie es zu diesem Zeitpunkt hochkarätiger kaum denkbar war.

Denn einerseits, so hatten offenbar die Kidnapper kalkuliert, ist Schleyer als Sprecher von 800 Unternehmerverbänden derart einflußreich, daß die Regierung sein Leben mehr als das irgendeines anderen Bundesbürgers zu schützen bereit sein müsse; der Umstand, daß Schleyer Privatmann und nicht etwa Staatsmann oder Staatsdiener sei, könne diesen Zwang nur noch verstärken.

Andererseits war Schleyer, der Boß aller Bosse, „der Sympathie und dem Mitleid des Volkes etwas entrückt“, wie die „Frankfurter Allgemeine“ for-

mulierte. Als Arbeitgeberführer, der 1963 als erster einen nachkriegsdeutschen Streik mit einer Massenaussperrung (420 000 Metallarbeiter) konterte und unlängst das neue Mitbestimmungsgesetz vors Verfassungsgericht brachte, galt der Mann mit dem zerfurchten Gesicht längst als „unverzichtbarer Bestandteil“ aller „sozialistischen Geisterbahnen“ („Welt am Sonntag“).

Wie vor der Lorenz-Entführung hatten die Terroristen ihr Opfer auch diesmal penibel observiert: In der Nähe der Schleyerschen Zweitwohnung in Köln-Lindenthal stand laut Zeugenaussagen „eine ganze Woche lang jeden Tag ein gelber Kleinwagen“. In Berlin hatten die Täter 1975 den Tatort tagelang mit einem roten Fiat ausbaldowert.

Wie im Fall Lorenz stoppten die Terroristen, wiederum bewaffnet mit Maschinenpistolen, den Dienst-Mercedes ihres Opfers auf offener Straße. Wie damals auch wechselten sie nach dem Überfall flugs den Fluchtwagen. Und wie gehabt übermittelten sie ihre erste Forderung an ihre Verfolger per Brief: Keine Fahndung.

Daß ihre Geisel zu jenem Zeitpunkt noch am Leben war, versuchten die Erpresser 1977 wie 1975 mit einem Sofortbild zu belegen, das ihr Opfer im „Volksgefängnis“ zeigte — was den Fahndern nicht genug war: Ähnlich wie in Sachen Lorenz („Wo wurde die

Holzschnitzerei im Korridor Ihres Hauses gekauft?“) beehrten sie nun etwa eine Antwort Schleyers auf die Frage: „Wie lautet der Kosename von Edgar Obrecht?“

Die Liste der zu befreienden Gefangenen (damals sechs, jetzt elf), die Forderung nach Handgeld (statt jeweils 20 000 nun je 100 000 Mark) und nach prominenten Bürgen (ein Pfarrer, diesmal ein Ex-Kirchenpräsident und obendrein ein Rechtsanwalt) — all dies mutete an wie eine Kopie der 1975er Aktion, wenn auch von größerem Format.

Wie 1975 brachten die Terroristen abermals schwarzen Humor ins grausame Spiel: In Berlin ließen sie ihre Morddrohungen just von dem Gastwirt Peter Lorenz übermitteln, einem Namensvetter des Entführten. In Köln mieteten sie die Wohnung, in der sie das Attentat vorbereiteten, ausgerechnet unter dem Namen Ries.

Fritz Ries — so heißt einer der ältesten, engsten Schleyer-Freunde, ein Mann, der sich schon 1934 von seinem Korps-Bruder Hanns-Martin die Waffe zum letzten Pistolenduell tragen ließ, das auf deutschem Boden stattfand. Verbindungen zwischen Schleyer und Ries, der im Krieg dunklen Geschäften mit „arisierten“ Firmen nachgegangen war, hatte 1974 ein gerichtlich umstrittener Bestseller („Großes Bundesver-



Buback-Attentat



Ponto-Beerdigung



Schleyer-Anschlag

**Terror in Westdeutschland: Präzise Orgien des Untergrunds**

dienstkreuz“) enthüllt. Im Juni dieses Jahres hat sich Ries, langjähriger Vorstandsvorsitzender des kränkelnden „Pegulan“-Konzerns (Aufsichtsratsvize: Schleyer), entleibt — mit der eigenen Pistole.

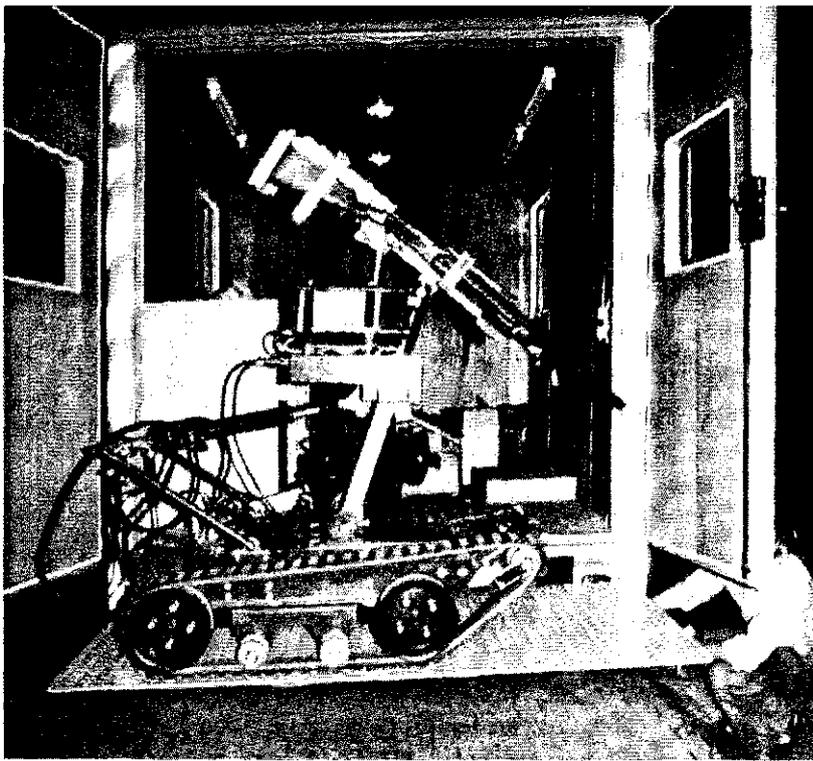
Gleichwohl war diesmal alles anders, schlimmer als 1975 in Berlin. Während der Lorenz-Chauffeur mit einem Besenstil zu Boden geschlagen worden war, metzelten die Kölner Täter die vier Schleyer-Begleiter nieder; sie verschossen rund 300 Kugeln, darunter Hohlprojekte, die sich im Körper der Getroffenen zerlegen und von

denen schon ein einziges verheerende Wunden schlägt.

„Verglichen mit der absolut rücksichtslosen und menschenfeindlichen Tatausführung in Köln, scheinen die Täter von Berlin tief unter der Schicht ihrer manifesten Kriminalität noch einen minimalen Rest von Skrupel, von Erklärungs- und Rechtfertigungsbedürfnis gespürt zu haben“, schrieb letzte Woche die „Süddeutsche Zeitung“: „Seinerzeit agierten die Ideologen der Gewalt, jetzt organisieren Techniker des Terrors ihre präzisen Orgien.“

Vor zwei Jahren hatten es die Entführer noch verstanden, die Toleranzschwelle nicht nur des Staates, sondern auch der Staatsbürger trefflich zu kalkulieren und ihre Forderungen nicht zu überspannen: Damals, bei einer im Auftrag des SPIEGEL vorgenommenen Blitz-Umfrage, billigten 75 Prozent die Freilassung der sechs Häftlinge, um das Leben des Peter Lorenz zu retten.

Das glatte Gegenteil ergaben Blitzumfragen am Mittwoch vergangener Woche: 71 Prozent sprachen sich diesmal *dagegen* aus, auf die Forderungen der Kölner Täter einzugehen. Kein Zweifel: Zwei Jahre bundesdeutscher



**Polizei-Roboter\*:** „Das Wesentliche ist die Knarre“

mit der Entführung Schleyers in Szene gesetzt werden sollte.

Aus den bei „Egon“ gefundenen Dokumenten geht hervor, daß die Bande über drei „Filiales“, drei „Depots“, zwei „Lager“ und eine „Commando-Wohnung“ verfügte oder noch verfügt. Notizen („de 20 Sprit Karl“), die später bei der Haag-Gehilfin Sabine Schmitz gefunden wurden, belegen, daß Kurier „Karl“ 20 Liter Sprit für Fahrten zum Depot verbraucht hatte oder daß (Schmitz-Vermerk: „2 X pa“) „Paula“ und „Anton“ zweimal zwischen den Depots gependelt waren.

„Lager 1“ war Ende November, wie die Papiere besagen, aufgegeben worden (Haag-Order: „Auflösen, cleanen, ordnungsgemäß abmelden“), „Lager 2“ („Autoradio — Fernsehgerät F. L. 2“) sollte soeben neu bezogen werden. Bei den Kadern galt die Parole: „Ist der Feind wütend, halten wir still, hat er sich ausgetobt, greifen wir an.“

Haags Wege seit seinem Verschwinden im Untergrund und die Gewalttaten seiner Helfer nach diesem Rezept

Terrorgeschichte — Stockholm-Anschlag und Buback-Attentat, Ponto-Ermordung und Karlsruher „Stalinorgel“ — hatten im Bewußtsein der Westdeutschen tiefe Spuren hinterlassen, „die politische Landschaft grundlegend verändert“ („Frankfurter Rundschau“).

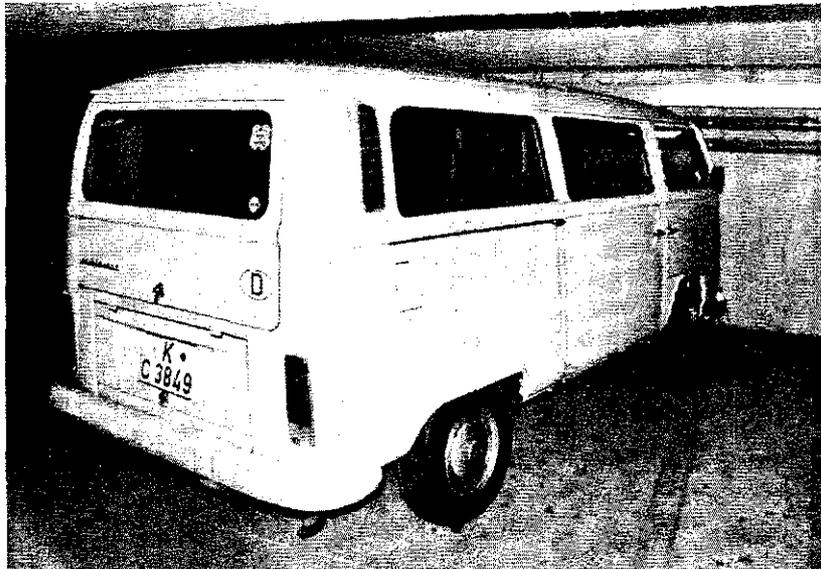
Kein Pardon, schien nun die Parole, mit jenem Täterkreis, den die Fahnder Haag-Bande nennen und dessen Strategie den Ermittlern immer wieder aufs neue Rätsel aufgab: So stand, eigenartig, der einstige Anwalt und mutmaßliche Mentor Siegfried Gottlieb Haag, 32, nicht auf der Liste der Häftlinge, die gegen Schleyer ausgetauscht werden sollten.

Denkbar, meinen Fahnder, daß Haag ausgespart wurde, weil er wöglichlich nur eine Freiheitsstrafe unter fünf Jahren zu gewärtigen habe. Nicht auszuschließen, meinen andere Ermittler, daß Haag geschnitten wurde — vielleicht weil er drauf verzichtet hatte, sich bei seiner Festnahme auf der Autobahn bei Butzbach Ende November letzten Jahres mit der Waffe zur Wehr zu setzen.

Gleichwohl trägt in Ermittlerkreisen jene Untergrund-Gruppierung seinen Namen, die derzeit das Zentrum der terroristischen Gewalttätigkeit ausmacht. Es sind Restkader aus Haags Umgebung, denen die Attentate auf Buback, Ponto, die Bundesanwaltschaft und nun auch auf den Schleyer-Konvoi angelastet werden.

Vier Mitglieder der Gruppe Haag, die nach den Vermutungen von Sicherheitsexperten als Täter oder Unterstützer von Köln zu gelten haben, sind der

\* Zur Untersuchung einer verlassenen Terroristen-Wohnung in Köln-Junkersdorf, in der die Polizei zunächst Bomben vermutet hatte.



**Köln Terroristenauto:** „Täglich militante Aktionen“

Polizei bisher nur unter ihren Decknamen bekannt: eine „Olga“, eine „Paula“, ein „Anton“ und ein „Karl“.

Als Haag (Deckname „Egon“) mit seinem Komplizen Roland („Michael“) Mayer verhaftet wurde, hatte er 131 Blatt Papiere mit Gruppen-Internas bei sich — eine Art Netzplan mehrerer integrierter Guerilla-Aktionen für die Zeit vom „20. 11 bis 11. 12“ letzten Jahres. Es waren, wie die Polizei heute rekonstruieren kann, Arbeitsanweisungen (Kodewort: „Margarine“) an die Gehilfen zur Vorbereitung des Buback-Mordes, Pläne (Kodewort: „Big money“) für eine großangelegte Erpressung der Dresdner Bank (Ponto) und das Drehbuch („Big Raushole — Rache“) für eine spektakuläre Gefangenenerlösung, das offenbar jetzt erst

lassen sich heute nahezu lückenlos verfolgen: Bis zum September/Okttober 1976 hielt er sich, zusammen mit dem „Opec“-Attentäter Hans-Joachim Klein und der Terroristin Friederike Krabbe, bei der „Aden“-Gruppe in einem Ausbildungslager der Palästinenser-Organisation „PFLP“ im süd-jemenitischen Hinterland auf. Dort reaktivierte Haag, so glauben die Fahnder, zwei beim Lorenz-Kidnapping Befreite der „Bewegung 2. Juni“, Verena Becker und Rolf Heißler, für neue Einsätze in Europa.

Zurück in der Bundesrepublik, mütete sich der Ex-Anwalt mit anderen um den Aufbau einer neuen Logistik. Aus dem Reservoir eines Hausbesetzer-Trupps, der 1974 in die Hamburger Dependence von „Amnesty Internatio-

nal“ eingedrungen war, bildete sich — sei es unter Führung Haags oder unter seiner Mitwirkung — nach Einschätzung der Staatsschützer der neue Terror-Kern mit Günter Sonnenberg, Christian Klar, Knut Folkerts, Roland Mayer, Willy Peter Stoll und Adelheid Schulz. Im Spätherbst wurde die Gruppe im Aostatal und am Lago Maggiore bei Waffenkäufen gesichtet; Sabine Schmitz und Adelheid Schulz hatten sich allzu auffällig verhalten.

Doch mit der Festnahme Haags am 30. November geriet der Netzplan außer Kontrolle. Der Ex-Anwalt, zufällig gestellt, ergab sich der Polizei ohne Gegenwehr. Ihres Kopfes beraubt, übertrug die Gruppe wahrscheinlich dem Haag-Helfer Sonnenberg das Kommando, der freilich, begleitet von Christian Klar, Anfang Januar am Grenzübergang Basel-Lörrach ebenfalls in Bredouille kam: Einerseits zeigten die beiden bei der Paßkontrolle trotz solider Papiere Nervosität und ließen nach der folgenden Auseinandersetzung die Ausweise zurück, was die Identifizierung erst ermöglichte; andererseits schossen sie sich den Weg zur Freiheit frei.

Wie „einen gerissenen Film, den man falsch zusammengeklebt hat“ (so ein Staatsschützer), spulten Sonnenberg und die anderen zunächst einmal den Buback-Teil des großen Haag-Drehbuchs zeitlich verzögert ab; danach raubte die Bande, unterstützt von Versprengten der Terroristen-Bewegung „2. Juni“, in Köln (70 000 Mark) und Düsseldorf (120 000 Mark) zwei Banken aus.

Als Sonnenberg, der das vor der Bank in Köln benutzte Fluchtauto beschafft hatte, mit Verena Becker am 2. Mai um 22.18 Uhr mit dem D-Zug 209 von Essen nach Singen reiste (wo es anderntags zu der spektakulären Festnahme kam), verließen drei ihrer Genossen das Abteil: Ein Mann und eine Frau mit Gepäck stiegen in Bonn, ein Mann in Karlsruhe aus. Waren das, so rätselt die Polizei, jene „Paula“ oder „Olga“, jener „Anton“ und „Karl“ aus Haags kodierte Besetzungsliste, von denen nach BKA-Ansicht damals schon jederzeit weitere Attentate zu erwarten waren?

Interpol-Erkenntnisse jedenfalls über die Herkunft der Karlsruher Buback-Mordwaffe, einer Maschinenpistole des Typs Heckler & Koch, nährten sehr bald im Bundeskriminalamt die Vermutung, daß von Anfang an noch ein zweiter, „gleichartig ausgerüsteter Mordtrupp“ unterwegs gewesen war: Ein bisher nicht identifizierter „Herr Zeitler, Düsseldorf“ (vermutlich Haag) hatte die Heckler & Koch am 16. Dezember 1975 bei der Waffenfirma Grüning & Elminger in Malters bei Luzern erworben. Am gleichen Tag kaufte „Zeitler“ in dem gleichen Geschäft eine zweite Maschinenpistole dieses Typs; das Doppel ist bisher nicht sichergestellt. Aber:

5,6-Millimeter-Projektile, vermutlich aus dieser Waffe, wurden am Dienstag letzter Woche am Kölner Tatort gefunden — erster Hinweis darauf, daß bei der Schleyer-Aktion Leute aus der Haag-Gruppe am Werk sind.

Auch die anderen in Köln gefundenen Projektile und Hülsen, aus einem 12-mm-Colt und einer 9-mm-Maschinenpistole, wie sie in den meisten Armeen verwendet werden, wie auch die am Tatort liegenden Waffen markierten eine Spur in dieselbe Richtung. Ein Colt, der in der Statz-Straße sichergestellt wurde, stammt nach ersten kriminaltechnischen Untersuchungen aus der Beute eines Überfalls, den drei Haag-Kader — darunter Christian

Haag-Vize Sonnenberg logistisch ausgerüstet worden war, mochten die Fahnder anfangs nur vermuten: Die noch flüchtigen Mitglieder einer der Haag-Gruppe unterstützenden Dorff/Taurus-Bande, Rolf Klemens Wagner und Peter Boock (der Ehemann der Wiener Banklady), verfügen im Untergrund nach Polizei-Erkenntnissen seit Monaten über ein Arsenal von Waffen, Sprengstoffen, Bombenkörpern und Hohlspitzmunition. Wagner und Boock — vielleicht identisch mit „Karl“ und „Anton“ in den Haag-Papieren, womöglich zwei der Kidnapper von Köln?

Als die Anarchos Jürgen Taurus und Klaus Dorff im Februar 1976 in dem Kölner Hotel „Heinzelmännchen“ ge-



Terrorist Haag (l.): „Tom spielt das Lied vom Tod“

Klar und Willy Peter Stoll — im Juli auf das Frankfurter Waffengeschäft Fischlein verübt hatten.

Verpackungsmaterial aus dieser Beute war später in einer konspirativen Wohnung gefunden worden, die Adelheid Schulz, mit Vorrang gesucht seit dem Ponto-Mord, in der Wiener Straße 63 in Frankfurt angemietet hatte. Adelheid Schulz wiederum, meinen Fahnder, ist eine Freundin des mutmaßlichen Buback-Attentäters Sonnenberg, der wahrscheinlich bei Schießübungen vor Monaten im Badischen dabei gewesen war. Waffentechniker einer „Sonderkommission Singen“ der Kriminalpolizei pulten dort Projektile auch eines amerikanischen Karabiners und zweier Pistolen nach Ostern aus Baumstämmen heraus.

Wer da alles im Frühjahr an den Schießübungen teilnahm und von

\* Nach seiner Festnahme im Dezember letzten Jahres.

faßt wurden, fanden sich an einem Stempelkasten in ihrem Gepäck Fingerspuren Wagners, der inzwischen auch der Mittäterschaft an dem Bankraub von Sonnenberg und Waltraud Boock in Wien verdächtigt — beispielhaft dafür, wie verboben und verflochten seit langem die westdeutschen Terroristen-Gruppen untereinander sind.

Im Gewirr der Szene lassen sich, mit Hilfe von Computer-Auswertungen, Verknüpfungen aufzeigen, die von den Buback-Mördern zu den Ponto-Attentätern weisen, von untergetauchten Rechtsanwälten zu versprengten Terroristen aus der BM-Gründerzeit und zu „Revolutionären Zellen“ im Rhein-Main-Gebiet, von den Erbauern des Raketen-Werfers, der auf das Gebäude der Bundesanwaltschaft gerichtet wurde, bis zu den Schleyer-Entführern.

Aber wenn die Fahnder es so genau wissen, wenn sie sich durch Spurensi-

cherung und Computer-Analyse im Laufe der Zeit ein so exaktes Bild vom Geflecht der Beziehungen im Untergrund machen können — warum wird dann die Terror-Szene nicht einfach abgeräumt?

Es ist bezeichnend gerade für die Situation nach der Schleyer-Entführung, daß solch eine rhetorische Frage bei Dutzenden von Politikern wie Leitartiklern als durchaus ernstgemeinter Vorwurf auftauchte. Allenthalben kam die Forderung auf, der Staat müsse „endlich handeln“ — als ob es nur eines energischen, möglichst sofortigen Zugriffs bedürfe, um die schießenden und bombenden Anarchos hinter Schloß und Riegel zu bringen.

Die beiden jungen Leute, die gleich nach dem Kölner Attentat festgenommen wurden, kamen nach zwei Tagen wieder frei, weil sie laut Bundesanwaltschaft „zweifelsfrei“ nicht mit Mord und Entführung zu tun hatten — schnelles Handeln ohne Erfolg. Nach der Freilassung des entführten Lorenz waren in ganz West-Berlin auf einen Schlag Straßensperrn errichtet worden; Hunderte von Wohnungen wurden durchsucht, Tausende von Kraftfahrzeugen kontrolliert — eine Großaktion mit dem Ergebnis Null.

In keinem Bereich der Kriminalitätsbekämpfung ist das Verhältnis von polizeilichem Sofort-Aufwand und von polizeilichem Sofort-Erfolg so ungünstig; in keiner Sparte lassen sich gesicherte und präzise Erkenntnisse über Tathergang und Täter so schwer umsetzen in aussichtsreiche Fahndung.

Der Kriminalist vom Rauschgiftdezernat kennt die Route, auf der das Heroin ins Land kommt, er weiß, wo Dealer dealen, und kann unter Umständen zum Schein als Käufer in der Szene auftreten. Der Terrorismus-Fahnder hat weit schwächere Ansatzpunkte: Terroristen haben keinen Trampelpfad im Untergrund, der sich im Auge halten ließe; sie beziehen ihre Waffen nicht aus einer bestimmten Quelle, die man nur trocken zulegen brauchte; und keinerlei Chance hat ein Staatsschützer, sich mal eben unter Attentäter zu mischen — vorausgesetzt, er wüßte, wo er Anschluß fände.

Die „etwa hundert Terroristen“, die von Staatsschützern zum schießenden, mordenden Kern gerechnet werden, sind entgegen landläufiger Vorstellung nicht aufs engste verwoben mit dem Netz von Unterstützern (geschätzt: rund 1000) und Sympathisanten (deren Zahl sich weder nach oben noch nach unten sinnvoll schätzen läßt). Sie haben sich vielmehr gegenüber Helfern und Helfershelfern, wie einer der erfahrensten Verfassungsschützer es umschreibt, „hermetisch abgeriegelt“.

Häufig genug wissen nicht einmal die Leute, die eine Wohnung anmieten oder Ausweise stehlen, für wen genau und wofür konkret sie das tun — sie



**Terroristen-Waffe\*:** Das Doppel fehlt

werden aktiv für „die RAF“ oder „die politischen Gefangenen“ oder „die Stadt-Guerilla“. Wem sie zuarbeiten, ob einem Buback-Attentäter oder einem Schleyer-Entführer, wissen sie nicht. Näheres erfährt nur, wer selber zum Kern aufrückt — „und auch das wiederum bestimmt der isolierte Kern selber“, wie ein Verfassungsschützer weiß. „Man geht nicht als Terrorist in die Gruppe, man wird von der Gruppe als Terrorist reingeholt.“

Diese totale Abschottung kennzeichnet eine hochkonspirative Minderheit, deren Mitglieder den Staatsschützern bekannt sind, jedenfalls sind es viele von ihnen, aber eben nur dem Namen nach, nicht von Person. Gesucht wird der mit der Lorenz-Entführung freigeprägte Rolf Heißler seit zwei Jahren ebenso wie der mutmaßliche Buback-Attentäter Christian Klar seit fünf Monaten — aber wie die beiden sich jetzt nennen, wie sie aussehen, in welche Identität sie geschlüpft sind, steht in keinem Fahndungsbuch.

In aller Regel haben Terroristen keine gefälschten Ausweise mehr (die womöglich als Fälschung zu erkennen wären), sondern gestohlene oder ihnen überlassene, also echte Ausweise. Allenfalls das Lichtbild ist ausgetauscht, doch kaum einer der gesuchten Terroristen hat noch Ähnlichkeit mit den mitunter Jahre alten Fahndungsphotos.

Durch markige Sprüche oder ungewaschenes Zottelhaar zieht keiner von ihnen mehr Aufmerksamkeit auf sich. Als Student oder Angestellter getarnt, als Verlobte oder Jungvermählte grüßend, leben die Anarchos wie der Bür-

ger von nebenan. Ein Fahnder: „Eigentlich müßte heute jeder verdächtig sein, der kurze Haare hat, die Hausbewohner höflich grüßt und der alten Nachbarin den Mülleimer runterträgt.“

Gelingt es einem Terroristen dieses Typs, vom Tatort eines Anschlags erst mal zu entkommen, ist er in seiner Biedermannrolle so gut wie sicher. Fahndungserfolge sind dann Glückssache: Zufall war es, daß eine Hamburgerin 1972 in einer Boutique am Jungfernstieg in der Jackentasche einer Kundin die Pistole bemerkte — was zur Festnahme von Gudrun Ensslin führte. Doppelt schierer Zufall, daß eine Singener Bürgerin den Buback-Attentäter Günter Sonnenberg der Polizei meldete — sie hatte ihn als den gesuchten Knut Folkerts erkannt; die Verwechslung brachte den Erfolg.

Bei solcher Terrorszene, angesichts eines so hochgradig von innen abgeriegelten Täterkreises, der überdies jeden Verrat mit dem Tode ahnden würde, ist den Staatsschützern beides gleich schwierig: die Fahndung im nachhinein wie die Aufklärung im Vorfeld.

Nie gelang es den Staatsschützern beispielsweise, auch nur das Kommunikationssystem der BM-Leute in Haft und der Gefolgsleute draußen zu sprengen, obwohl bei sporadischen Durchsuchungen von Zellen und Anwaltskanzleien immer wieder offenbar wurde, daß Informationen von den Haftanstalten nach draußen und umgekehrt ihren Weg nahmen; und nicht immer ging es dabei so unverblümt zu wie vor dem 27. April 1977, als Terroristen gerade in verschiedenen Städten gefälschte „Bild“-Zeitungen verteilt hatten und in

\* BKA-Kriminalist Böden führt das halbautomatische Gewehr vor, mit dem Generalbundesanwalt Buback ermordet wurde.

Stuttgart-Stammheim die Urteile verkündet wurden.

Haag rief damals einem Mitgefangenen aus seinem Zellenfenster zu: „Aktion läuft, Zeitung unterwegs, Aktien momentan schlecht, steigen aber an. Nachricht kommt über Jürgen und Eugen, Tom spielt das Lied vom Tod. Bitte aufpassen. Doppelt lebenslänglich, dafür werden die büßen.“ Als Antwort kam: „Dreimal Toilette drücken, dann alles o.k.“

Unzweifelhaft funktionierten manche Anwälte als Briefträger eines engmaschigen Nachrichtendienstes, sorgten mit einer Vielzahl von Besuchen für die Verbreitung von Parolen (Baader: „Das Wesentliche ist die Knarre“) und Befehlen (Ensslin: „Täglich militante

rer Mandanten. Vervielfältigt wurden von der RAF-Führung verfaßte Rundbriefe, die je nach Bedeutung der Empfänger von „Info 1“ (RAF-Spitze) bis „Info 3“ (Mitläufer) gestaffelt waren.

Der Rechtsanwalt Klaus Croissant etwa, der sich nach Frankreich abgesetzt hat, steuerte so nach gezielten Fahndern nicht nur mit gezielten Desinformationen über angebliche „Isolationfolter“ eine Mitleids- und Rechtfertigungskampagne der Terroristen; in der Stuttgarter Kanzlei wurden auch Verbindungen und „Zusammenhalt zwischen den Kadern in den Gefängnissen und in Freiheit“ aufgebaut und aufrechterhalten.

Am Dienstag vergangener Woche allerdings stoppten die Bundesländer, in

telbar vor der Aktion ihren Hunger- und Durststreik ab — mit dem ominösen Hinweis von Baader, man werde „die weitere Entwicklung abwarten“.

Da half laut „Welt“ auch der Computer von „Nadis“ nicht, dem Informations- und Verbundsystem der westdeutschen Nachrichtendienste — was zu einer nachgerade typischen Fehleinschätzung der elektronischen Fahndungsmöglichkeiten führte. 24 Stunden vor der Entführung von Schleyer, so schrieb das Blatt, habe der Computer „bohrende Fragen der Staatsschützer nicht beantwortet“ können: „Aus welchem Grund haben die Häftlinge der Roten Armee Fraktion (RAF), der einstigen Baader/Meinhof-Bande, ihren Hunger- und Durststreik abgebrochen?“

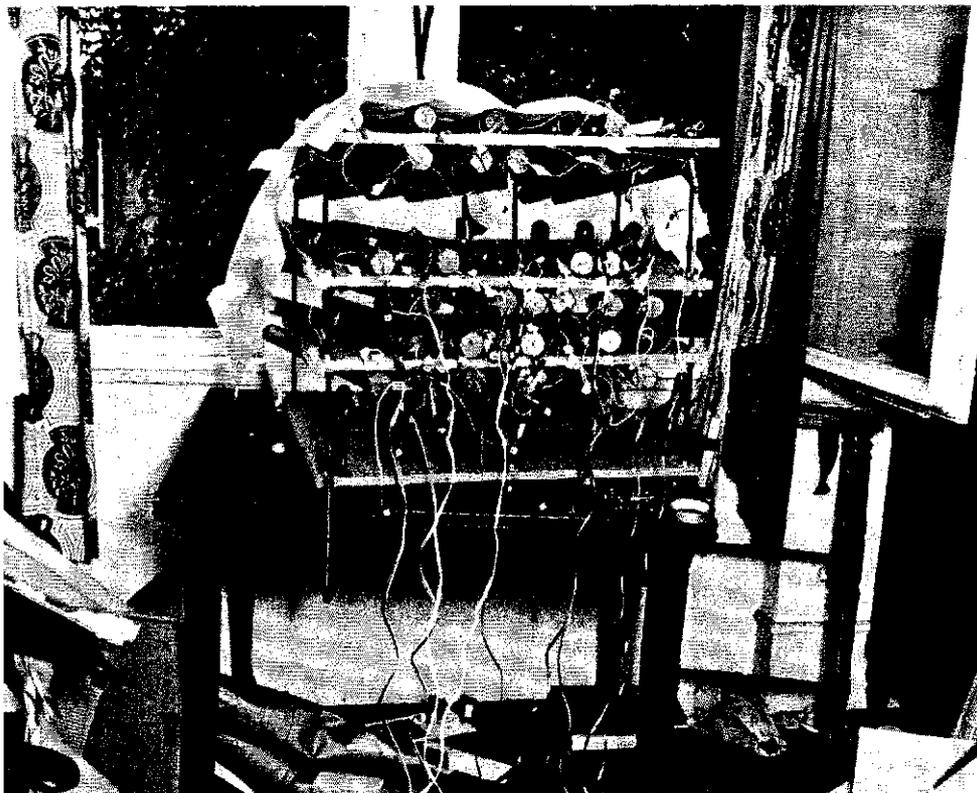
Doch sowenig schiere Polizeipräsenz das Problem des Terrorismus erledigt, sowenig kann der „Kommissar Computer“ („Die Welt“) den laienhaften Erwartungen gerecht werden. Solcherlei Auskünfte gibt kein Staatsschutzcomputer, „Nadis“ schon gar nicht: Er ist nichts weiter als ein Fundstellenregister, eine Art elektronisches Aktenverzeichnis. Er gibt Auskunft, wo nähere Auskünfte zu kriegen sind.

Beispiel: Wenn ein Beamter des bayerischen Landesamtes für Verfassungsschutz bei einer Terrorismus-Recherche auf den Namen Rainer Hochstein stoßen und diesen in „Nadis“ eingeben würde, bekäme er vom Computer hierzu Hinweise, daß sich das nachrichtendienstliche Material über den seit 1975 inhaftierten ehemaligen Studenten vorwiegend beim Verfassungsschutz in Hamburg befindet. Der Bayer müßte sich dann an die Hamburger wenden, um Näheres zu erfahren.

Präventiv ist auch „Inpol“ nur von begrenztem Nutzen, das vom Bundeskriminalamt (BKA) gesteuerte polizeiliche Informationssystem. Durch Inpol ist das gesamte polizeiliche Fahndungswesen automatisiert worden; gespeichert sind im BKA-Computer die Nummern aller gesuchten Straftäter ebenso wie die Beschreibung abhanden gekommener Sachen — 44 000 zur Festnahme Gesuchte, 92 000 Ausländer für Ausweisungsverfügungen, 4000 Vermißte, 56 000 Personenkraftwagen ebenso wie 41 000 Banknoten, 65 000 Schecks und 23 000 Waffen.

Inpol übernimmt den automatischen Vergleich von Fingerabdrücken (BKA-Bestand: 28 Millionen Einzelfingerabdrücke), enthält eine elektronische Zentralbibliothek der gesamten kriminalistisch-kriminologischen Literatur und der kriminaltechnischen Gutachten, die in Strafverfahren erstattet werden — ein vorzügliches Hilfsmittel zur Schnellidentifizierung, vorausgesetzt, es tritt keine Störung ein im Datenverbund zwischen dem BKA und den selbständigen elektronischen Systemen der Landeskriminalämter.

So lief die Fahndung nach der mutmaßlichen Ponto-Attentäterin Susanne



**Terroristen-Waffe\*:** Techniker der Gewalt

Aktionen“). Und auch andere, die das BKA als „organisierte Berufsbesucher“ qualifiziert, scheinen bei den Botschafterdiensten von Zelle zu Zelle oder nach draußen eine wichtige Rolle gespielt zu haben.

Selbst als vor zwei Jahren mit der Überwachung von Besucher-Gesprächen begonnen wurde, riß der Informationsfluß nicht ab. Besucher gaben Nachrichten nunmehr verschlüsselt, etwa als Gleichnisse oder Märchen, preis, Anwälte, deren Akten kontrolliert wurden, verlegten sich auf mündliche Kommunikation.

In den Hinterzimmern ihrer Kanzleien installierten manche RAF-Verteidiger die Public-Relations-Zentralen ih-

nenen die elf freigeforderten RAF-Häftlinge einsaßen, den Informationsfluß. Unter Berufung auf Paragraph 34 des Strafgesetzbuches („Rechtfertigender Notstand“) kappten die Behörden nach dem Entzug aller Medien und Anordnung auf Einzelhaft auch den Kontakt zu den Rechtsanwälten; alle Besuche wurden fürs erste verboten.

Daß die Häftlinge über die Kölner Aktion schon vorab informiert waren, scheint nicht ausgeschlossen. Zwar fanden sich bei Zellendurchsuchungen am vergangenen Dienstag keine schriftlichen Indizien dafür. Auch waren einige Häftlinge offensichtlich aus persönlichen Gründen aus der Streikfront schon Tage zuvor ausgeschert. Doch wie kurz vor der Lorenz-Entführung brachen andere auch diesmal unmit-

\* Raketen-Schießgerät für geplanten Anschlag auf die Bundesanwaltschaft.

Albrecht mit erheblicher Verzögerung an, weil die ermittelnden hessischen Beamten ihren LKA-Computer nicht erfolgreich nach „Albrecht“ abfragen konnten, weil das hessische Gerät auch das Geburtsdatum gefüttert hätte bekommen müssen, das den Ermittlern der ersten Stunde freilich nicht bekannt war.

Der in Wiesbaden nur zwei Kilometer entfernte BKA-Computer hätte auf die Eingabe lediglich des Namens alle Daten über Susanne Albrecht und ihr Umfeld ausgespuckt — ein Beispiel dafür, daß sich Terroristenbekämpfung vorderhand noch immer in den „föderativen Zwirnsfäden“ (so „Frankfurter Rundschau“) der zerfaserten Fahndungskonzepte von Bund und Ländern verheddert, während die Gegenseite es inzwischen zu „terroristischem Perfektionismus“ (Regierungssprecher Bölling) gebracht hat.

BKA-Chef Herold bietet sein System „wie Sauerbier“ an: „Wir übernehmen die gesamte Datenverarbeitungstechnik auf den Bund, die Nachrichteninhalte dagegen bleiben ausschließlich der Disposition der Länder überlassen.“ So könnten vor Ort alle wichtigen Fakten erhoben und eingegeben, aber auch jederzeit von der Zentrale abgerufen werden.

Nach Buback, Ponto und Schleyer zeigen die Länderinnenminister erstmals ernst zu nehmende Bereitschaft, auf diese Offerte einzugehen und auch „Dispol“ zu übernehmen, jenes Sondernetz, das jederzeit eine Kommunikation zwischen allen angeschlossenen Polizeidienststellen ermöglicht; Voraussetzung dafür, „daß der in Stuttgart den in Kiel ebenso abfragen kann wie uns vom BKA und umgekehrt“ (Herold), wäre allerdings eine strikte Vereinheitlichung der Computersysteme.

Aber auch wenn das EDV-System der Polizei so funktionieren würde, wie sich das BKA-Chef Herold („Ich bin ein Informations-Fan“) vorstellt, wäre damit für die unmittelbare Terroristenfahndung noch nicht viel gewonnen: Wenn der Täter vom Tatort erst verschwunden ist, nützt auch seine rasche Identifizierung wenig oder der Hinweis, welche Autos er mal benutzt hat.

Auch wenn das Inpol-System, an das derzeit 800 Datenendstationen in Grenzdienststellen, Flughäfen und Kriminalkommissariaten angeschlossen sind, um ein Vielfaches ausgeweitet wird bis zum Direktanschluß des Funkwagens, wie es Herold wohl am liebsten wäre („Mit der Zahl der Terminalen wachsen die Erfolge“), ließe sich damit keine unbedingt erfolgssichere Terrorismus-Prävention betreiben; das zeigt die „Beobachtende Fahndung“.

Unter dieser Bezeichnung, amtlich „Befa“ abgekürzt, versucht die Polizei dem Computer gewisse Fahndungsqualitäten abzuluchsen: Gespeichert sind nämlich nicht nur alle zur Verhaftung



Fahndungsmittel Polizeieinsatz\*: Schnappt der Riegel ...

oder Festnahme Gesuchten, sondern auch rund 8000 verdächtige oder verdachtsnahe Personen.

Nach der internen Polizeidienstvorschrift PDV 384.1 können „zur Überwachung im Rahmen der Beobachtenden Fahndung“ Personen ausgeschrieben werden, die „verdächtig“ sind, „überregional“ als Rauschgifthändler oder Waffenschmuggler tätig zu sein sowie als „Terroristen, Anarchisten und andere politische Gewalttäter“.

Es sind Personen freilich, bei denen der Verdacht in aller Regel noch nicht so konkret ist, daß es zur Festnahme reicht — typisch für Verbrechensformen, wie ein BKA-Mann erläutert, „die wegen ihres hohen Organisationsgrades“, ihrer „mafiosen und meist internationalen Formen“ sich besonders sozialschädlich auswirken, „bei denen Beweise gegen einzelne Bandenmitglieder infolge der typischen hochgradigen Arbeitsteilung jedoch nur sehr schwer zu erbringen sind“.

Dieser „Beobachtenden Fahndung“ unterliegen rund 3100 Personen im Deliktbereich Rauschgift, 2600 internationale Waffenschieber und derzeit 800 Personen, die von Fahndern dem Ermittlungsbereich „in- und ausländischer Terrorismus“ zugerechnet werden.

Befa heißt in praxi: Immer wenn bei einer Ausweiskontrolle, etwa an der Grenze, der Beamte den Namen des Ausweisinhabers per Direkttaster im Grenzerhäuschen in den BKA-Computer gibt, erscheint als Antwort etwa auf einem Bildschirm

- ▷ entweder „Keine Fahndungsnotierung“
- ▷ oder „Festnahme“ mit näheren Hinweisen wie „Achtung bewaffnet“
- ▷ oder „Befa“.

Die Befa-Notiz bezweckt zweierlei: Einmal soll sie die Aufmerksamkeit der

\* Nach der Schleyer-Entführung in Köln.



Fahndungsmittel Fingerabdruck ... rechtzeitig zu?

kontrollierenden Beamten schärfen — etwa im Hinblick auf Rauschgift-Schmuggel; zum anderen ist der Beamte gehalten, das Passieren einer der Terrorszene zugeordneten Person weiterzumelden. Befa erfaßt also Reiseaktionen der Personen — was die BKA-Fahnder instand setzt, „Bewegungsabläufe und Verschiebungen in der Szene“ zu registrieren.

BKA-Leute schwören auf die Befa, was die „Aufdeckung wichtiger Zusammenhänge angeht“. So konnte beispielsweise die Beteiligung deutscher Täter beim Opec-Überfall in Wien auf diese Weise aufgeklärt werden, auch die Zusammenhänge zwischen dem Buback-Attentat und dem Haag-Mann Sonnenberg.

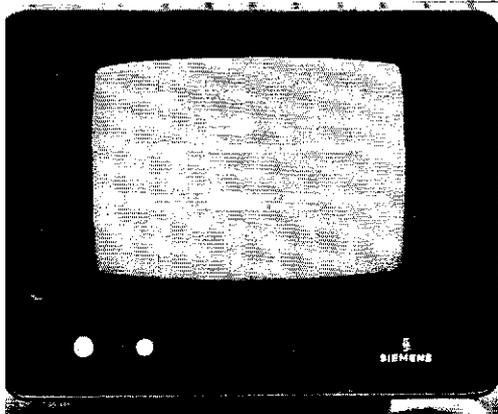
Daß die Befa gleichwohl Mängel hat, ist offensichtlich: Sie gibt Hinweise auf Reiseaktivitäten vornehmlich nur im grenzüberschreitenden Verkehr; sie erfaßt nur Personen, die unter ihrem registrierten Namen reisen, nicht aber solche, die sich eines anderen Passes bedienen; sie arbeitet nach dem Prinzip

des Zufalls: Wer vorbeikommt, wird registriert, wer einen anderen Weg, über die grüne Grenze, nimmt, bleibt unbeachtet.

Es erschien denn auch Bonner Sicherheitsexperten fragwürdig, als BKA-Chef Herold nach dem Buback-Mord vor dem Innenausschuß des Bundestages im Mai sagte: „Die Beobachtende Fahndung hat einen Erkenntniswert erreicht, der es ermöglicht, drohenden Straftaten zu begegnen.“ Die Ereignisse widerlegten ihn fürs erste.



Fahndungsmittel Paßkontrolle\*: Ein elektronisches Auge ...



Fahndungsmittel Bildschirm\*  
... an 800 Kontrollpunkten

Herold wagte vor dem Innenausschuß die Prophezeiung, es sei nun vorzusehen, wo der nächste Anschlag zu erwarten sei: in Berlin. Die Terroristen schlugen woanders zu — erst in Frankfurt (Ponto-Attentat), dann in Karlsruhe (Raketenwerfer-Aktion gegen die Bundesanwaltschaft), dann in Köln (Schleyer-Entführung).

Und sowenig der Anschlag in Köln sich per Computer vorhersagen ließ, so

\* Oben: Name des Ausweisinhabers wird in den Computer gegeben. Unten: Die Antwort erscheint auf dem Datensichtgerät.

wenig war denn auch, als die Terroristen zuschlugen, das Schlimmste zu verhüten. Zwar gibt es in der Bundesrepublik gepanzerte Mercedes-Wagen nach der Art des Ford Lincoln des ehemaligen US-Präsidenten Richard Nixon (Preis: eine Million Mark); es sind schon aus Kostengründen wenige. „Selbst der Mercedes für Generalbundesanwalt Rebmann“, sagt Baden-Württembergs Innenminister Schiess, „mußte entliehen werden.“

wie im Fall Schleyer das Opfer aus dem gestoppten Wagen zerran“. Kugelwesten helfen nicht gegen Kopfschüsse, Motorradfahrer als Nachhut können von Kriminellen ebenso ausgeschaltet werden wie die Opfer, die von ihnen beschützt werden sollen.

Weitgehend gesichert werden können zudem — schon aus personellen und finanziellen Gründen — nur wenige Personen und Orte, wie etwa in Bonn, wo 60 000 Meter Stacheldraht und Spähpanzer vom Typ Saladin Ministerien, Diplomatenviertel und einen Spielplatz der Kinder von Justizbeamten schützen. „Absoluten Schutz“, sagt Bonns Innenminister Werner Maihofer sachlich, „gibt es nirgendwo“, denn man kann, so Maihofers Düsseldorfer Kollege Burkhard Hirsch, „ja nicht immer im Panzerwagen rumfahren“.

Derweil gehören Stacheldrahtverhau vor Ministerien und MP-bewaffnete Polizisten an Straßensperren schon zur bundesdeutschen Szenerie und machen deutlich, daß die RAF ihrem Ziel, Rechtsstaatlichkeit abzubauen und den Staat so zu „entlarven“, ein bißchen näher zu kommen scheint. Die vergangenen Montag wieder sichtbar gewordene Gewißheit von der Verwundbarkeit der liberalen Demokratie verleitet Politiker aller Couleur dazu, mehr Sicherheit mit weniger Freizügigkeit einkaufen zu wollen.

Ein Entwurf der SPD-Bundestagsfraktion zur „verbesserten Bekämpfung der Gewaltkriminalität (Terrorismus)“ aber macht deutlich, wie ineffektiv solche Pläne sein könnten. Verschärft werden soll danach etwa die Meldepflicht: Hoteliers sollen die Personalpapiere aller Gäste überprüfen — als ob nicht Terroristen längst mit echten Pässen ausgerüstet wären; zu fangen wären so allenfalls Kleinkriminelle dümmster Sorte.

Gigantische Grenzkontrollen (der Bundesgrenzschutz soll zur „Vollpolizei“ werden und mit einer Grundausrüstung zur Untersuchung von Fingerabdrücken ausgestattet werden) sollen sicherstellen, daß kein Terrorist unerkannt ein- oder ausreist — als ob die RAF-Aktivisten nicht unbehelligt über die grüne Grenze entweichen könnten, die nur nach DDR-Muster abzuriegeln wäre.

Verschärft werden soll das ohnehin schon restriktive Waffenrecht. Alte Kriegswaffen, ohnehin meist nur für Sammler interessant, sollen unter polizeilicher Aufsicht verschrottet werden, Waffenhändler noch intensiver kontrolliert werden — als ob gemeine Gangster wie Terroristen nicht auch weiterhin ihr Handwerkszeug von der internationalen Waffen-Mafia beziehen könnten.

Mit „Milliardenkosten“ (Herold) soll das Kennzeichensystem bundesdeutscher Kraftfahrzeuge auf fälschungssichere Nummernschilder umgestellt

Zudem: Schußsicheres Glas, darüber sind sich Kriminaltechniker einig, gibt es nicht, allenfalls schußhemmendes. „Wenn man mit einer großkalibrigen Schnellfeuerwaffe lange genug draufhält“, so ein Experte, „geht auch das dickste Glas kaputt.“

Optimal sind die Sicherheitsvorkehrungen für mögliche Entführungsoffer freilich nicht. Und das vorwurfsvolle „Sie sehen ja, wie man gesichert ist“ von Schleyer-Ehefrau Waltrude klingt berechtigt.

Denkbar wären neben schußfesten Automobilen etwa größere Sicherheitstrupps, Kugelwesten oder Motorradfahrer, die dem eigentlichen Konvoi erst in einigem Abstand folgen. Vorbeugen könnte womöglich auch ein von dem Frankfurter Sicherheitsexperten Helmut Sczesny nach einer Vorlage der alliierten Geheimdienste entwickeltes „Anti-Kidnapping-Modell“, das ständige Analysen von familiärem Umfeld, benutzten Verkehrswegen, Kontaktpersonen und anderen sicherheitsrelevanten Bereichen erfordert, um Attentäter schon bei der Planung zu erwischen — aber welcher Aufwand, und am Ende trifft es einen ganz anderen?

Terroristen könnten, so ein Fachmann des bayrischen Innenministeriums, „schußfeste Wagen sprengen oder

werden, wo doch — wie spätestens seit dem Mord an Generalbundesanwalt Siegfried Buback klargeworden ist — Terroristen auch dazu übergegangen sind, Fahrzeuge ordnungsgemäß zu mieten oder zu kaufen.

Immer wieder zeigt sich: Mit Aufwand allein, mit hohem Sicherheitsbetrieb von geringem Nutzen, mit Fangenwollen um jeden Preis ist dem Phänomen nicht beizukommen. Die allermeisten Fahndungserfolge gehen bislang auf das Konto aufmerksamer Bürger, nur wenige sind der direkten Polizeiarbeit zuzuschreiben, und die allerwenigsten sind dank erfolgreicher Vorarbeit des Verfassungsschutzes ermöglicht worden.

Das in der Tat ist der bedenklichste Aspekt der bisherigen Terrorismus-Bekämpfung: daß das klassische Mittel der geheimdienstlichen Ausspähung gegenüber der Gewaltaktivität neuen Typs so eklatant versagt.

Wiederum wäre „die Sache nicht geritzt, wenn man einfach mehr Leute bekommt“, wie ein hoher Verfassungsschutzbeamter einräumt. Obwohl derzeit allenthalben von einer personellen Aufstockung des Verfassungsschutzes die Rede ist: Es ist nicht die Zahl der Beamten, die über die Qualität der Terrorismus-Aufklärung entscheidet.

Es war der frühere Präsident des Bundesamtes für Verfassungsschutz (BfV), Günther Nollau, der im vergangenen Monat in einem Brief an den SPIEGEL unumwunden schrieb: „Terrorakte können ungestört geplant und frech ausgeführt werden, weil die Täter aus kleinen Gruppen von Fanatikern bestehen, in die Staatssicherheitsbeamte nur anfänglich in Berlin (Festnahmen Mahlers und Baaders) haben eindringen können.“

Der heutige BfV-Präsident, Richard Meier, erklärt dies mit den mittlerweile „einzigartigen“ Bedingungen der Terroristszene: Es seien verhältnismäßig wenige Täter mit starker Gruppenintegration und schwachem ideologischen Überbau, ohne Schuldgefühle.

V-Leute auch nur in die Unterstützerszene einzuschleusen, wo sich politisch desorientierte junge Leute von Verteilern anarchistischer Flugblätter zu tatkräftigen Helfern der Terroristen mausern, allmählich, oft über Jahre hinweg, überfordert schlechterdings die Möglichkeiten der meisten Landesverfassungsschutzämter in der Bundesrepublik. „Die Observation“, so ein hoher Beamter, „macht uns schon Schwierigkeiten.“

Täter aus der Terrorszene entschlüpfen den Sicherheitsorganen mitunter sogar dann, wenn sie erkannt sind und bereits polizeilich überwacht werden (was zur Abwendung von Gefahren rechtlich zulässig ist). Siegfried Haag etwa entkam nach seiner ersten Verhaftung und der vom Gericht angeordneten Freilassung, im Mai 1975, weil es



**Verfassungsschützer Meier**  
Penetrieren unmöglich

„für die Heidelberger Polizei schlicht unmöglich war, den Verdächtigen rund um die Uhr zu observieren“, wie der Ministerialdirigent Stümper vom baden-württembergischen Innenministerium seinerzeit entschuldigte, „und außerdem war noch Wochenende“.

14 bis 16 Mann mit diversen Kraftfahrzeugen muß ein Observationskommando haben, wenn es einen Verdächtigen rund um die Uhr beobachten soll. Bei derzeit „156 hochgefährlichen Per-



**Verfassungsschützer Horchem**  
Observieren schwierig

sonen aus der Terrorismusszene allein im Rhein-Main-Taunus-Gebiet“ (BKA) müßten mithin mehrere tausend Beamte allein für die Überwachung dieser potentiellen Terror-Täter abgestellt werden, und von diesen Beschaltern dürfte keiner krank werden oder Urlaub machen.

In Hamburg, so sagte Verfassungsschutzchef Hans Josef Horchem vor kurzem der „Morgenpost“, „leben 20 bis 30 Männer und Frauen, die in der Entwicklung sind, den Schritt zu tun, den Susanne Albrecht getan hat“. Sie heimlich im Auge zu behalten, würde dreimal so viele Verfassungsschützer erfordern, wie das Hamburger Landesamt Beamte hat, die Pförtner eingeschlossen.

So eindrucksvoll solche Hochrechnungen freilich auch anmuten, über das wahre Dilemma der nachrichtendienstlichen Terrorismus-Aufklärung besagen sie wenig, und am ehesten sind sie noch geeignet, Politiker für die Gewährung von Planstellen zu erwärmen. Denn so paradox es klingt: Observation rund um die Uhr ist über längere Zeit, etwa Wochen hinweg, gar nicht möglich, und jeder Verfassungsschützer weiß das.

Im Grund taugt das klassische Mittel der heimlichen Beobachtung nur für den Spionagebereich, „etwa wenn ein Kurier kommt, ein oder zwei Tage in der Gegend ist, sich mit seinem Kontaktmann trifft und dann wieder verschwindet“, wie es ein Fachmann ausdrückt, „das kann man mit Observation machen“.

Aber das „geht einfach nicht über einen längeren Zeitraum hinweg“, schon gar nicht bei Leuten in der Terror-Szene, „die sich hochkonspirativ verhalten, darauf trainiert sind, ihre Umgebung zu mustern, sich umschauen, wenn sie ein Haus betreten, zur U-Bahn hinuntergehen, um die nächste Rolltreppe rauf zu nehmen“. Dann verliert der Beobachter seine „Zielperson“ leicht aus den Augen oder aber, häufig genug geschehen, er wird als Verfolger erkannt.

Insbesondere beim Einsatz von Kraftfahrzeugen steigt das Risiko für Verfassungsschützer, als Observant entdeckt oder vermutet zu werden, und zu ihrer nicht geringen Überraschung nahmen diverse Verfassungsschutzdienststellen in jüngster Zeit zur Kenntnis, was die Polizei bei Hausdurchsuchungen verdächtiger Anarcho-Leute sichergestellt hat: handschriftlich gefertigte Listen mit den Autokennzeichen amtlicher Observationsfahrzeuge.

Die verdeckte Ermittlung per Observation ist denn auch, wie Verfassungsschützer wissen, lediglich in speziellen Fällen sinnvoll und dann auch nur vorübergehend. Anderen Ausforschungsmitteln, etwa der Telephonüberwachung, kommt neuerdings auch nur mehr verminderte Bedeutung zu. Ver-

dächtige aus der Terrorszene ziehen zunehmend das direkte Gespräch vor, im Winkel einer Kneipe, im Gewimmel eines Kaufhauses; oder sie bedienen sich einer nur andeutenden, quasi verschlüsselten Sprache, deren Sinn nicht ohne weiteres auszumachen ist. Erst nach dem Mord am Generalbundesanwalt wurde den Staatsschützern klar, wer in den Haag-Papieren gemeint gewesen war mit „Margarine“, von der es eine Sorte „SB“ gibt — Siegfried Buback.

Aus solch offenkundigen Erkenntnisschwächen erklärt sich denn auch, warum das Bundesamt für Verfassungsschutz im Fall Traube mit einer elektronischen Wanze Ausforschung betrieb — die Erfolgsquote der für den Terrorismus zuständigen BfV-Abteilung VII war unerheblich; weder zuvor noch später konnten die Kölner den Staatsschützern von der Polizei entscheidende Hinweise geben.

Gewiß hat das damit zu tun, daß die Gefährlichkeit des Terrorismus in der Bundesrepublik jahrelang unterschätzt wurde, in Ämtern wie unter Politikern wie bei den Medien; gewiß auch damit, daß der affärenbeladene Nachrichtendienst das Odium der Gesinnungsschnüffelei nicht loswerden konnte, das ihn ankam, als sich links vom Parteienspektrum Gruppen und Grüppchen formierten.

Es war schon ein Versäumnis, daß die BfV-Abteilung VII erst 1974 gebildet wurde — da hatte sich der harte Kern des Terrorismus bereits abgeschottet. Und in den Bundesländern hatten manche Landesämter, eingeschüchtert von berechtigter wie unberechtigter Kritik oder auch mal auf einen schlichten Wink des Ministers hin, unterlassen, was geboten gewesen wäre: eine kontinuierliche „Feldbeobachtung“ der Szene, in der sich Gewalttäter zu entwickeln pflegen.

Nahezu jeder Terrorist, der heute schießt, hat einen gar nicht so verschlungenen Weg ins Abseits zurückgelegt — vom Hausbesetzertrupp zur Protestversammlung „gegen Isolationsfolter“ etwa oder zur Gruppe „Solidarität mit den politischen Gefangenen“; der Marsch in den Untergrund dauert seine Zeit, und nur die sorgfältige Registrierung dieser Szene, die analytische Auswertung der örtlichen Untergrundblätter (in denen letzte Woche auch der entführte Schleyer bereits diffamiert wurde), die akribische Zuordnung von Gruppen zu dieser oder jener Richtung, die Heraussortierung der Aktivisten („Wer tut wann welchen Schritt in welche Richtung?“) und dann womöglich deren Observation — erst durchgängige Feldbeobachtung eben kann der Verfassungsschutzarbeit über Jahre hinweg Gewicht verleihen.

Kenner der Szene meinen, daß so nur an wenigen Orten, etwa in Berlin und Hamburg, verfahren wird. Die Hamburger beispielsweise hatten exakt

**„Sie wünschen sich noch mehr Funktionen in Ihrer Anlage? Programmieren Sie sie eben um.“**



Sie können Rufnummern speichern oder auch löschen. Amtsleitungen für Hausapparate freigeben und wieder sperren. Sie können Gebühren erfassen und auswerten. Sie haben also den perfekten Mittelpunkt betrieblicher Kommunikation. Jedenfalls, wenn Sie sich für die EBX 100 entscheiden; eine Minireed-elektronische Nebenstellenanlage von TEKADE.

Und: EBX 100 bringt Ihnen Vorteile, an die Sie vielleicht noch nie gedacht haben...

Wo sonst steuert störunanfällige Elektronik komplette Programme? EBX 100 ist jederzeit und für jeden Betrieb umprogrammierbar. Ausgebaut in kürzester Zeit — und vor allem: ohne großen Platzbedarf.

Außerdem: Welche Telefonanlage ist noch so servicefreundlich durch automatische Selbstüberwachung?

— Und machen Sie sich im übrigen bei einem unverbindlichen Informationsgespräch gefaßt auf den seltenen Fall, daß technischer Fortschritt und moderner Komfort einmal nicht Verteuerung sondern Einsparung im betrieblichen Ablauf bedeuten kann.

Nicht umsonst gehört die EBX 100 zu den erfolgreichsten Angeboten des Kommunikations-Bereichs der letzten Jahre. — Beim Telefon und in vielen Gebieten der Nachrichtentechnik macht TEKADE die Fortschritte.

**FORTSCHRITT  
GEHT UNS  
VOR GRÖSSE.**



Sagen Sie mir mehr über TEKADE:



Nebenstellenanlagen  
EBX 100



Autotelefone  
BSA 31



Europäischer Funkrufdienst  
EURO-SIGNAL



Datenübertragungs-  
geräte

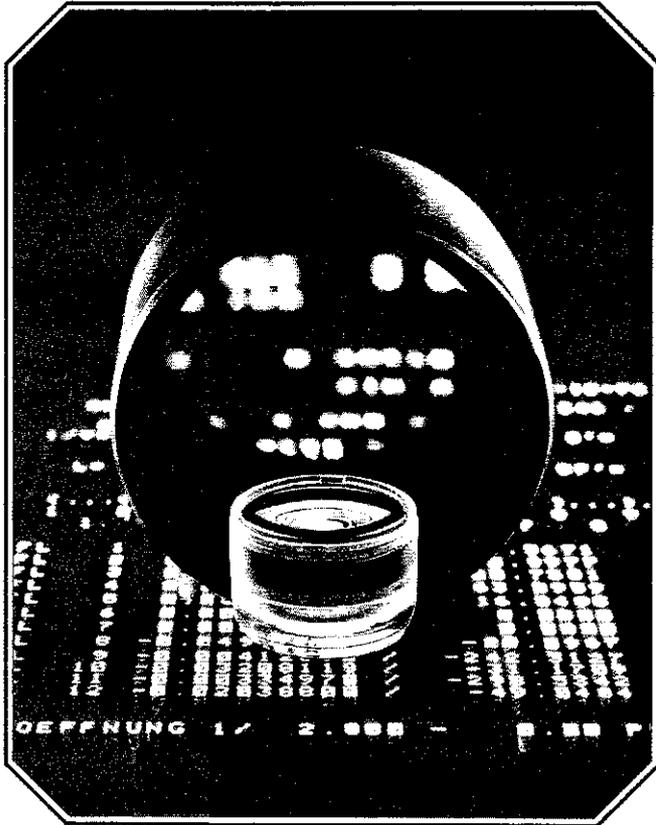
TEKADE FELTEN & GUILLEAUME  
FERNMELDEANLAGEN GMBH

Abt. VBW · Postfach 780 · 8500 Nürnberg 1  
Telefon 0911/526484 · Telex 06-23286

Name/Firma:

Anschrift:

# Informations- übertragung auf optischem Wege - darauf ist Rodenstock spezialisiert



Unsere Ingenieure und Physiker sind gewöhnt, sich mit Optik-Problemen zu befassen und dabei schnell zu erkennen, worauf es ankommt. Wahrscheinlich haben wir Ihr Optik-Problem schon irgendwann einmal gelöst und in unserer System-Bibliothek gespeichert. Ob es sich um ein einfaches Bauteil oder ein viellinsiges System handelt; es lohnt sich in jedem Fall, mit den Spezialisten von Rodenstock zu sprechen.

Ihre Probleme werden wir schnell und wirtschaftlich lösen - ob wir nun speziell für Ihre Bedürfnisse ein optisches System entwickeln oder auf Vorhandenes zurückgreifen. Und wenn es um Qualität geht, kennt unsere Produktion keine Kompromisse. Rodenstock - ein großer Name in der Welt der Optik - bekannt durch große Leistungen auf dem Gebiet der Brillenoptik, der ophthalmologischen Geräte, der Objektive für Photographie, Vergrößerung, Reproduktion und der Technischen Optik.

Nutzen Sie unser Know-How.  
Bitte rufen Sie uns an oder schreiben Sie uns und beziehen Sie sich auf diese Anzeige.

## Rodenstock

ein großer Name in der Welt der Optik

Bitte senden Sie mir Informationsmaterial:

Name: \_\_\_\_\_  
Beruf/Alter: \_\_\_\_\_  
Straße: \_\_\_\_\_  
Ort: \_\_\_\_\_

Optische Werke G. Rodenstock · Geschäftsbereich Präzisionsoptik  
Isartalstraße 43, 8000 München 5  
Telefon 089/72 02-3 60; 72 02-4 28; 72 02-2 49

SP/4

verfolgt, wie die Bürgertochter Susanne Albrecht in die Anarcho-Szene abglitt — voraussagen, wann sie dann gewalttätig werden würde, konnten sie allerdings auch nicht.

Erst seit einiger Zeit, angesichts des gesteigerten Terrors, intensivieren einige Verfassungsschutzämter ihre Feldarbeit, aber es „werden Jahre vergehen, bis da etwa brauchbare Hinweise an die Polizei gehen können“, räumt ein Beamter ein. Und wenn führende Verfassungsschützer gefragt werden, wie unter diesen Umständen dem Terrorismus beizukommen sei, antworten sie ohne Umschweife: „In der direkten Aktion.“

Soll sagen: Die Verfassungsschützer bauen darauf, daß die eine oder andere Gruppe von Gewalttätern, die ihrer eigenen Brutalität auf Dauer psychisch nicht gewachsen sei, irgendwann von der Polizei gestellt wird — sei es auf Grund von Hinweisen aus der Bevölkerung, Wochen nach der Tat wie bei Baader oder Sonnenberg, die nach Schußwechsel festgenommen wurden, sei es unmittelbar nach einem Anschlag, wenn die Täter doch einmal nicht schnell genug davoneilen können.

Darauf reduziert sich derzeit manche Hoffnung unter Staatsschützern, und deshalb ist wahrlich wichtig, was unmittelbar nach einem Anschlag am Tatort geschieht.

Das aber hängt zunächst immer vom Kaliber der Schupos ab, die zuerst auftauchen — Männer, die, anders als Computer, mit einem Gemütsleben befrachtet und mit polizeilicher Routine beladen sind. „Wenn du von einer normalen Verkehrskontrolle kommst“, so ein Beamter, als nach Köln voreilig Kritik am Reaktionsvermögen der Kollegen aufkam, „und du siehst dann da vier Leichen liegen, da bist du doch zwangsläufig erst mal durcheinander, da ist man doch kein Herold mit dessen ganzem Überbau.“

Dabei vergingen in Köln nur eben neun Minuten von der Tat bis zum Alarm für die Ringfahndung:

17.28 Uhr wird Schleyer entführt, seine Begleitung erschossen;

17.33 ruft ein Passant die Polizei an: Schießerei und Raub in der Statz-Straße;

17.36 erreichen zwei Funkstreifenwagen den Tatort, die Beamten melden zunächst einen Raubüberfall, korrigieren sich aber Sekunden später;

17.37 wird die Ringalarmfahndung ausgelöst — mit gezielter Weisung, nach einem weißen VW-Kastenwagen zu suchen.

Die Ringalarmfahndung ist das aufwendigste Fahndungsmittel der Polizei unmittelbar nach Bankraub, Gefängnisausbruch oder Attentat. Jeder Beamte kann diese Aktion über die Funkleitstelle seines Präsidiums in Gang setzen; nach einem vorgegebenen

Schema werden dann in einem bestimmten Radius Kontrollstellen rund um den Tatort besetzt — je nach Lage Autobahnauffahrten und Straßenkreuzungen, Bahnhöfe oder Brücken.

Selbst dann aber, wenn der Riegel lückenlos angelegt ist und zeitig aufgebaut wird, vergeht doch durchweg zu viel Zeit, bis er endgültig zuschnappt. Zwar waren in Köln zehn Minuten nach dem Ringalarm zumindest einige Kontrollpunkte besetzt, so etwa die Zufahrt zum Autobahnring. Allemaal jedoch zu spät: Auch bei Beachtung aller Verkehrsregeln erreicht ein Fahrzeug von der Statz-Straße aus den Autobahnknotenpunkt Köln-West gemächlich binnen sieben Minuten. Und dann bieten sich gleich vier Fluchrichtungen an: die Strecken nach Koblenz, Bonn

mitten in Köln. Sicher ist, daß innerhalb des großen Polizei-Rings der VW-Bus in aller Gemütlichkeit in die Tiefgarage nahe der Statz-Straße chauffiert wurde.

Kaum weniger durchlässig scheinen die größeren Ringe, die außerhalb des lokalen 50-Kilometer-Riegels entweder vom BKA oder vom jeweiligen Landeskriminalamt angeordnet werden können — durch Landesalarm, Grenzalarm oder Bundesalarmfahndung.

Zwar informieren dann Sammelfernschreiben mit den Vorrangstufen „Sofort“, „Blitz“ oder „Staatsnot“ die Flug- und Seehäfen, Grenzschutz, Zoll und praktisch jeden Polizeiposten. Zwar sollen dann, wie die Theorie es

So ist es denn möglich, daß etwa der „Trierische Volksfreund“ eine dpa-Eilmeldung über ein Attentat erheblich schneller erhält als die Bahn- und Zollfahndung im Raume Trier; bei denen läuft es immer der Ordnung nach via Polizeipräsidium Trier, Landeskriminalamt Koblenz, Bundeskriminalamt Wiesbaden. Kommt es, wie geschehen, zwischen diesen Instanzen schon zu Störungen, können Stunden vergehen.

Seit Terroristen verfolgt werden, wissen die Fahnder, wie es eigentlich sein sollte mit der Kommunikation. „Aber die Realität“, sagt Alfred Stümper, Sicherheitschef im baden-württembergischen Innenministerium, „ist von solchen Wunschvorstellungen noch weit entfernt.“

Köln bot dafür ein tristes Exempel: So kam der Hausmeister des Terroristen-Schlupfwinkels im Wiener Weg, Friedrich Wilk, nicht gleich zur Polizei durch, als er gegen 19 Uhr beim Rasenmähen von einem Bekannten darauf aufmerksam gemacht wurde, daß der gesuchte weiße VW-Bully immer in der Garage des Wohnsilos gestanden habe. Wilk wählte die Notnummer 110 und wurde auf die Präsidiumsnummer 2751 verwiesen — die zu diesem Zeitpunkt freilich bereits überbelegt war. Viel später erst installierten Grenzschutz-Pioniere die notwendigen zusätzlichen Anschlüsse.

Nicht nur beim In-, sondern auch beim Output haperte es. Erst um 19.31 Uhr — also geschlagene zwei Stunden nach der Tat — gab Polizeichef Jürgen Hosse an die einschlägigen Bundes- und Landesbehörden die Nachricht weiter, Herr Schleyer sei entführt worden. Beamte des Bundesgrenzschutztrupps auf dem Köln-Bonner Flughafen schimpften über späte Unterrichtung, ebenso die Lagezentren der NRW-Nachbarländer.

„Unter den gegebenen Umständen“, so meinte zwar NRW-Innenminister Hirsch, habe „die Kölner Polizei zügig und pünktlich gearbeitet“ — was sicher nicht darüber hinwegtäuscht, daß vor Ort „eine Menge Inkompetenz die Arbeit erschwerte“, wie ein BKA-Mann sagt.

Verärgerung aber auch bei der Kölner Polizei: Die Schleyer-Wächter seien nie mit einem Planspiel auf Tat-Variationen vorbereitet worden, sie hatten keinen Funkkontakt mit irgendeiner Leitstelle, und sie waren nicht als Combat-Schützen ausgebildet, als Schieß-Spezialisten also, die in weniger als einer Sekunde und aus jeder Lage noch die Waffe ziehen können. Nach Kölner Polizeirechnung wäre zwischen dem Auftauchen des Kinderwagens, dem Zusammenprall der Autos und dem Erscheinen der MP-Schützen für Experten noch Zeit zum ersten Schuß gewesen. ◆



Hitlers Kinder

Westdeutsche Allgemeine Zeitung

— Frankfurt, nach Aachen und Düsseldorf.

Womöglich haben es die Terroristen gar nicht darauf ankommen lassen und sich, wie bei früheren Aktionen, der polizeilichen Strategie angepaßt: den Ring zunächst am äußeren Rand zu schließen und erst dann „im Innern des Fahndungsraums bewegliche Fahndung durchzuführen“ (Polizei-Dienstverordnung Nr. 384.1). Allem Anschein nach haben die Entführer ihren Aktionsraum von vornherein in die nächste Umgebung des Tatorts gelegt.

Sie sind, so glauben die Ermittler, entweder in ein schnelleres Fahrzeug umgestiegen und haben damit Schleyer unbehelligt aus dem Kölner Raum herausgebracht; oder das „Volksgefängnis“ lag wenigstens in der ersten Zeit

vorsieht, wiederum alle Straßenknotenpunkte besetzt werden, sollen motorisierte Streifen und Polizisten zu Fuß auf festgelegten Routen patrouillieren, Hubschrauber ländliche Flächen überwachen, sollen Hotels und Diskotheken kontrolliert werden, und dies alles auch noch in steter Nachrichtenverbindung untereinander.

Doch bis Blitz und Staatsnot zu allen Basisstellen durchgedrungen sind, könnte ein Flüchtender zur Not schon im schottischen Hochmoor sein. Anders als etwa die Deutsche Presse-Agentur, die selbstverständlich Hunderte von Redaktionen zur gleichen Minute mit der gleichen Nachricht versorgen kann, ist Deutschlands Polizei auf ein hierarchisches Verteiler-System angewiesen, über das Meldungen so sperrig wie nur denkbar von oben nach unten gereicht werden.